

Lawinengefahr weiterhin erheblich

Glarus/Davos. – Abseits von Pisten ist heute Sonntag Vorsicht geboten: Die Lawinengefahr wird nämlich weiterhin als erheblich eingestuft. Das heisst, dass an exponierten Hängen schon eine einzelne Person eine Lawine auslösen kann. Am gefährlichsten sind exponierte Stellen mit Triebweinschneeannehmungen, die zugeschnitten und daher nur schwer erkennbar sind. Dies ist dem aktuellen Bulletin des Schnee- und Lawinenforschungsanstalt Davos zu entnehmen. (h6)

Fernando Reust kämpft weiter

Mollis/Weesen. – Der Sport- und Businesspark ist nicht tot. Auch wenn es um den Themenpark von Fernando Reust ruhiger geworden ist, glaubt der Initiator noch immer an dessen Realisierung. Zeichen dafür ist ein neuer Prospekt, der in Deutsch und Englisch vom Internet heruntergeladen werden kann. Reust hofft, weitere Investoren für seine Idee zu gewinnen. (so)

www.visionar.ch/temp/SBP_Prospekt_2007.zip

Infos über Gesundheit und Sterben

Öffentlicher Informationsanlass zu zwei Themen, welche die Glarner Senioren ansprechen: Zur Sprache kommen das neue Gesundheitsgesetz und die Patientenverfügungen.

Glarus. – Regierungsrat Rolf Widmer wird am 11. April im Schützenhaus in Glarus über das neue Gesundheitsgesetz informieren. Er wird über Änderungen reden und auf Bereiche wie die Spitex eingehen. Abschliessend können aus dem Publikum Fragen an den Gesundheitsdirektor gestellt werden. Das Gesetz kommt vor die diesjährige Landsgemeinde.

Was ist eine Patientenverfügung? Über die «Möglichkeiten und Grenzen der Patientenverfügungen» wird Anja Bremi referieren. Dabei geht es auch um Fragen wie «Wie wollen wir sterben? Ab wann sind lebenserhaltende Massnahmen nicht mehr Leben, sondern ein verlängertes Sterben? Hilft mir dabei eine Patientenverfügung und wie sieht eine solche aus?». Im Anschluss an das Referat können auch hier Fragen eingebracht werden. Der Anlass wird vom Glarner Seniorenverband und von Pro Senectute Glarus gemeinsam organisiert. (pd)

Mi, 11. April, 14 Uhr, Schützenhaus Glarus.

ANZEIGE

PASSUGGER Nr. 1

In der gepflegten Gastronomie und bei ausgewählten Getränkehändlern

Ist die Lehrerin das Problem, oder sind es die Eltern?

Im Zentrum des Biltner Schulkonfliktes steht eine Lehrerin der Primarstufe. Sie wird von ethischen Personen kritisiert. Die andere Seite sagt, sie sei im Gegenteil ein Mobbing-Opfer. Der Schulrat stellt sich hinter die Lehrerin.

Von Irene Hunold Straub

Bilten. – Der Vorwurf der Eltern: Die Lehrerin hetze die Kinder gegeneinander auf und mache Unterschiede zwischen besseren und schlechteren Schülern. Mehrere Versuche, gemeinsam mit der Lehrerin und der Schulkommission Lösungen zu finden, seien gescheitert. Die Mutter von Nadja* erzählt etwa, dass sich ihre Tochter geweigert habe, die Aufgaben zu machen. Sie sei auch nicht gerne in die Schule gegangen.

Die Mutter hat mit der Lehrerin das Gespräch gesucht, sei aber abgewimmelt worden. Bei einem Elterngespräch sei lediglich auf die Noten eingegangen worden. «Nach 40 Minuten wurde ich rauskomplimentiert.» Die Lehrerin sei aufbrausend, sie schreie. Nun gehe Nadja in die Pamlklassen zur Schule. «Es ist wie Tag

und Nacht; sie geht gerne in die Schule, macht freiwillig ihre Aufgaben und bringt viel bessere Noten heim.»

Potenzial nicht erkannt Ein weiterer Fall: Mario* ist schon einiges älter. Auch er ging zwei Jahre bei dieser Lehrerin zur Schule. Er war ein guter Schüler. Jedoch hat der Schulunterricht bei den folgenden Lehrern bedeutend mehr Tiefgang und Disziplin erfordert. «Mario kam mit der neuen Situation nicht mehr

zurecht», so die Mutter. Es kam so weit, dass er in der 6. Klasse einer der schlechtesten Schüler war und der Schulltag zur Qual wurde. Die Mutter führt das auf einen zu großen Schulstil während der 1. und 2. Klasse zurück.

Heute sei er ein fröhlicher Bursche und bringe nur noch gute Noten nach Hause. Er werde sogar einen Beruf erlernen können, für welchen es in der Regel einen Sekundarabschluss brauche. Seine jetzigen Lehrer kön-

nen bis heute nicht nachvollziehen, weshalb das Potenzial von Mario nicht erkannt worden war.

Elternabend angesagt Es gibt auch andere Stimmen: Eine Mutter hatte keine Probleme mit ihrer Tochter, welche zwei Jahre lang bei der Lehrerin die Schule besuchte. Die Mutter sagt, dass gegen die Lehrerin, welche seit Jahren Schule gebe, Mobbing betrieben werde. «Nicht die Lehrerin ist das Problem, sondern die Eltern haben ein Problem», ist sie überzeugt. Sie finde es nicht in Ordnung, wie nun gegen die Lehrerin vorgegangen werde.

Aydin Elitok ist Schulrat und zuständig für die Lehrerin, die momentan im Kreuzfeuer steht. Er selber habe zwei Kinder, die bei der Lehrerin zur Schule gegangen seien. Er habe nichts Negatives bemerken können.

Der Schulrat will nun anscheinend Gegensteuer geben: Die Eltern von Kindern, die bald eingeschult werden, erhielten einen Brief. Es seien einige Gerüchte im Umlauf im Zusammenhang mit der erwähnten Lehrerin. Die Schulkommission könne versichern, dass es absolut keinen Grund zur Sorge gebe. Das belege auch der Bericht der Schulpsektorin.

«Tatsache ist...» «Es geht doch nicht darum», sagt eine Mutter entrüstet. An der Fachkompetenz der Lehrerin müsse nicht gezweifelt werden. Aber daran, wie sie die Kinder behandle, und das könne nicht während eines Schulbesuchs eruiert werden. «Die ärztlichen Aussagen belegen schliesslich, dass die Kinder litten.» Und dass es umplazierten Kindern besser gäbe, sei ebenfalls eine Tatsache. Und wenn es seitens der Schulbehörde am Radio heisse, dass Zweitklässler zu Hause nicht die Wahrheit sagen würden, stimme das mehr als nachdenklich.

Schulpräsident Urs Emmenegger seinerseits lässt sich dahingehend vernehmen, dass die Schulkommission sämtliche Mitteilungen ernst nehme. «Die Angelegenheit wird jeweils an den Schulkommisionssitzungen besprochen.» Je nach Problematik würden die nötigen Massnahmen wie Gespräche, Schulbesuche oder Elternabende ergriffen. «Gewisse Massnahmen wurden bereits ergriffen, weitere Vorhaben sind in Arbeit.»

* Namen der Kinder und Eltern sind der Redaktion bekannt.



Andere Sichtweisen: Die Standpunkte im Konflikt rund um die Schule Biltten sind weiter auseinander als die der vor dem Schulhaus spielenden Kinder. Bild: Monika Glavac

Der Kanton hat die Aufsichtspflicht

Glarus. – Im Bildungsgesetz ist festgehalten, was die Aufgabe des Kantons und was jene der Gemeinden ist. Der Kanton hat die Aufsichtspflicht und ist nicht operativ tätig. Die Gemeinden wählen die Schulbehörden, welche operativ tätig sind.

Aufsichtsrechtliches Einschreiten wäre etwa dann angezeigt, wenn eine Behörde nicht mehr besetzt wäre, eine Zusammenarbeit zwischen Schulbehörden trotz Differenzen zwingend erscheinen würde oder andere ausserordentliche Umstände dies erfordern würden.

In aller Regel vermögen jedoch die Gemeinden Konflikte zu lösen oder vakante Ämter wieder zu besetzen. Häufiger wird daher vom Kanton beratend, vermittelnd und unterstützend auf eine Gemeinde eingewirkt. (ih)

«Kein unnötiger Sand ins Pumpgetriebe von 'Linthal 2015'»

Die kantonale SP hat sich im Mitwirkungsverfahren zu «Linthal 2015» geäussert. Die Sozialdemokraten unterstützen das Projekt, fordern aber einen weitsichtigen Umgang mit den Erträgen.

Die SP des Kantons hat sich schon vor einiger Zeit an einem Parteitag im Detail mit dem Thema befasst. Im Grundsatz wurde dabei eine Unterstützung des Projekts «Linthal 2015» beschlossen, da die Chancen fürs Crosstal und den ganzen Kanton überwiegen. Es soll nicht unnötig Sand ins Pumpgetriebe gestreut werden.

Vorteile überwiegen klar Klar ist für die SP, dass die Vorteile für den gesamten Kanton nur dann nachhaltig sind, wenn die Erträge

nicht ausschliesslich in die allgemeine Kasse des Kantons fliessen, sondern zielgerichtet in innovative und teilweise schlicht notwendige Projekte investiert werden. Ausserdem sollen diese Erträge nicht einfach verbraucht werden, sondern auch den künftigen Generationen zur Verfügung stehen.

Deshalb hat die SP drei Anträge an den Regierungsrat formuliert:

- Erstens soll mit einem Teil der Einnahmen aus Konzessionsgebühren sowie Heimfallverzichtabgabe ein Fonds für naturnahen Wasserbau und für die Förderung von erneuerbaren Energien getuftet werden.
- Zweitens soll der Kanton seine Beteiligung am Kraftwerk Linth-Limmern von 15 auf mindestens 20 Prozent erhöhen. Damit kann er seinen Anteil am erwarteten Gewinn des Unternehmens deutlich steigern. Das

so investierte Kapital ist nachhaltig und gewinnbringend angelegt und garantiert dem Kanton einen angemessenen Einfluss innerhalb des Unternehmens.

▪ Drittens muss in einen integralen Hochwasserschutz entlang der Linth, von Linthal bis Mollis, investiert werden. Nur so können in den nächsten Jahren die vorhandenen Schutzdefizite eliminiert werden. Dafür ist der Kantonsanteil an den Einnahmen aus den Wasserzinsen von heute ungefähr 50 auf mindestens 75 Prozent zu erhöhen. Die zweckgebundenen Mehreinnahmen aus dieser Erhöhung sollen nebst dem Hochwasserschutz auch der Finanzierung und qualifizierten Ausstattung der kantonalen Fachstelle Natungefahren dienen, um personelle Engpässe zu beheben und eine professionelle Betreuung sicherzustellen. (pd)

«3 Gemeinden» für die Jungen

Glarus. – «Zukunft.glarus», die Plattform junger Glarnerinnen und Glarner zur Gemeindestrukturreform, lädt die Glarner Jugend zu einem Infoanlass mit Workshops ein. Dieser wird am kommenden Samstag stattfinden.

Am Initialanlass von «zukunft.glarus» können sich alle jungen Glarnerinnen und Glarner über das Projekt informieren. Hierfür hat «zukunft.glarus» den Landratspräsidenten Martin Landolt eingeladen. Anschliessend soll jeder seine Meinung einbringen können. Hierzu werden vier Workshops angeboten, die doppelt geführt werden, damit jeder in zwei Workshops sitzen kann.

Der Kanton Glarus wird in der nächsten Zeit komplett neu gestaltet, die heutige Jugend wird hauptsächlich in den neuen Strukturen leben müssen; Grund genug, ein Wortchen mitzureden. (pd)

Sa, 31. März, 14-17 Uhr, Aula Kantonsschule Glarus. Infos: www.zukunft.glarus